

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum jüngsten Beschluß des SED-Politbüros: Wende in Ost-Berlin?
Seite 1

Eine Frau, die als Vorbild in Erinnerung bleibt: Zum 20. Todestag von Helene Wessel.
Seite 4

Erich Pätzold zur Diskussion um das kommunale Wahlrecht in Berlin: Den Sinn für das Miteinander fördern.
Seite 5

44. Jahrgang / 197

12. Oktober 1989

Wende in Ost-Berlin?

Zum jüngsten Beschluß des SED-Politbüros

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.
Innerhalb weniger Tage ist eine Änderung des Kurses der SED-Führung erkennbar. Diese Änderung ergibt sich schon aus dem Vergleich der Jubiläumsrede Erich Honeckers am 6. Oktober 1989 mit dem Beschluß des Politbüros vom 11. Oktober 1989. War die Rede Honeckers eine bislang typische Rechtfertigungsrede mit dem Tenor „40 Jahre DDR - eine große Erfolgsgeschichte“ und dem Appell „Weiter so wie bisher“, so ist der veröffentlichte Beschluß des SED-Politbüros von anderer Art.

Offenbar von der Dramatik der letzten Woche ausgelöst, aber wohl auch von der vermutlich „offenen“ Aussprache des Politbüros mit Gorbatschow, heißt es im SED-Politbürobeschuß, daß im Sinne „unserer strategischen Konzeption von Kontinuität und Erneuerung“ Vorschläge sowohl für die Wirtschafts- und Sozialpolitik wie für den politischen Bereich unterbreitet würden. Dafür seien alle Meinungsäußerungen und Vorschläge wichtig. „Wir stellen uns der Diskussion“. Es lasse die Partei nicht gleichgültig, wenn sich Menschen von der DDR lossagten.

Wenn die Jubiläumsrede Honeckers, die schon im Vergleich zu der Grußrede Gorbatschows eigentümlich nichtssagend war, nun vom Beschluß des Politbüros innerhalb weniger Tage konterkariert wird, so stellt sich auch die Frage nach der Stellung des Generalsekretärs, über die hier jedoch nicht spekuliert werden soll.

II.
Auch wenn der gestrige Politbüro-Beschluß nicht aus einem Guß ist, sondern die widerstreitenden Positionen innerhalb der SED-Führungsriege auf einen Nenner zu bringen versucht (deshalb auch die scharfen Attacken auf den „Imperialismus der BRD“), könnte er eine Wende signalisieren. Eine Wende von der bisherigen Politik der Reform- und Dialogverweigerung und der einseitigen Schuldzuweisung an die Adresse der Bundesrepublik hin zur Bereit-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigen
mit
Verwendung
von
Nachweilen
Papier



schaft, mit den Bürgern gemeinsam die evidenten Probleme in der DDR zu diskutieren und gemeinsam Ausschau nach Problemlösungen zu halten.

Nur auf dem Wege einer öffentlichen und offenen „Volksausprache“ und der ehrlichen Bereitschaft der SED-Führung zu einer schonungslosen Bestandsaufnahme kann die SED-Führung ihre selbst verschuldete Akzeptanzkrise abbauen und eine Existenzkrise der DDR verhindern.

III.

Galt bislang die Behauptung der SED-Führung, daß die massenhafte Fluchtbewegung ein im wesentlichen extern verursachtes und von „der BRD“ gesteuertes Problem sei, so wird jetzt - wenn auch noch vage - versprochen, daß man die Ursachen dieser Massenflucht auch in der DDR suchen werde und zwar gemeinsam. Natürlich hat die SED-Führung längst eine Analyse der Ursachen der Fluchtbewegung vorliegen, sogar sehr detailliert. In der Öffentlichkeit hat man so getan, als gäbe es nur eine Ursache, die Verführung durch den Westen!

Es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme und ein erster wie wichtiger Schritt, der sofort getan werden könnte, wenn in den Medien der DDR, insbesondere natürlich im „Neuen Deutschland“ (ND) eine öffentliche und offene Debatte über die Ursachen und Gründe der Massenflucht aus der DDR geführt würde. Vertrauensbildend wäre dann - als zweiter Schritt - eine Diskussion über Reformmaßnahmen zur Verbesserung des Staat/Bürger-Verhältnisses und zur Erhöhung der materiellen Lebensqualität. In diese Richtung zielt offenbar auch der Beschluß des SED-Politbüros. Es geht um die „Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um das demokratische Miteinander, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung“, um „lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt“. Wenn aus diesen Themen schon bald ein Programm wird, wird die SED-Führung Pluspunkte sammeln und den DDR-Bürgern eine Bleibeperspektive bieten.

IV.

Wer den Politbüro-Beschluß der SED mit den Reden Honeckers und Gorbatschows vergleicht, stellt fest, daß er nahe der Rede von Gorbatschow und fern der Rede Honeckers liegt. Auffallend ist folgendes: Die zwei Sätze aus der Rede Gorbatschows sind die zwei wichtigsten Gedanken im SED-Politbürobeschuß. Gorbatschow: „Natürlich hat die DDR, wie jedes andere Land, ihre eigenen Entwicklungsprobleme, die ihre Durchdenkung und ihre Lösung erfordern.“ Und: „Wir zweifeln nicht daran, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit ihrem intellektuellen Potential, ihren reichen Erfahrungen und ihrer politischen Autorität imstande ist, in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften Antwort auf die Fragen zu finden, die durch die Entwicklung der Republik auf die Tagesordnung gestellt wurden und die ihre Bürger bewegen.“

Von beidem war in der Rede Honeckers nichts zu finden gewesen. Es wäre jedoch unangebracht, die sich abzeichnende Kursänderung in Ost-Berlin auf den „Gorbatschow-Faktor“ allein zurückführen zu wollen. Der Reformbedarf in der DDR ist von DDR-Gesellschaftswissenschaftlern seit geraumer Zeit erkannt worden, ebenso die Notwendigkeit zu einer umfassenden Reformstrategie.

V.

Der Beschluß des SED-Politbüros von gestern, der heute im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde, hat offenbar drei Funktionen:

- Beruhigung der Lage in der DDR;
- Signale der Reformbereitschaft der SED-Führung sowohl nach innen wie nach außen;
- Vertröstung auf die nächste Sitzung des Zentralkomitees der SED, das im November 1989 stattfinden soll, sowie auf den kommenden 12. Parteitag der SED im Mai 1990.

Es zeichnet sich ab, daß der 12. Parteitag, zu dem bereits vor Monaten, also vor den dramatischen Ereignissen, die Tagesordnung beschlossen wurde, nicht in der beschlossenen Form stattfinden wird, sondern vom nächsten ZK der SED geändert wird. Auch hier soll nicht spekulativ erörtert werden, wo die Hauptveränderungen liegen werden.

VI.

Es zeichnet sich ab, daß es in den nächsten Wochen und Monaten innerhalb und außerhalb der SED einen schwierigen Willens- und Entscheidungsbildungsprozeß geben wird.

Verlauf und Ergebnisse werden auch für die deutsch-deutschen Beziehungen eine große Rolle spielen.

In dieser wichtigen Phase der Ost-West-Beziehungen und vor einem ersten Abkommen über konventionelle Abrüstung muß die DDR eine konstruktive Rolle wie in den Jahren von 1983 bis 1986 spielen, und es müssen von den deutsch-deutschen Beziehungen positive Wirkungen auf die Ost-West-Beziehungen ausgehen. Das heißt nicht weniger Dialog - auch mit der SED-Führung -, sondern verstärkter Meinungs-austausch!

(-/12.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Eine Frau, die als Vorbild in Erinnerung bleibt

Zum 20. Todestag von Helene Wessel

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Morgen, am 13. Oktober, jährt sich zum 20. Mal der Todestag von Helene Wessel. Sie war eine der wenigen Frauen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in zentrale politische Ämter berufen wurden. 1949 stand sie als erste Frau an der Spitze einer deutschen Partei - das Zentrum wählte sich zur Parteivorsitzenden.

Helene Wessel ist uns vor allem als „Mutter“ des Grundgesetzes in Erinnerung. Mit Elisabeth Selbert hat sie im Parlamentarischen Rat, jenem Gremium aus Männern und wenigen Frauen, die 1948 das Grundgesetz ausarbeiteten, einen Gleichberechtigungsartikel durchgesetzt, auf dessen Grundlage engagierte Sozialdemokratinnen eine Gleichstellungspolitik fortentwickelt haben. Wie in der Weimarer Republik sollten die Frauen zunächst mit einem Artikel abgespeist werden, der ihnen nur die „gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ zugestand. Helene Wessel hat sich aber auch für die politische Förderung von Frauen eingesetzt und dafür plädiert, daß man bei den Wahlen Frauen entsprechend ihrer Zahl und Fähigkeiten berücksichtigen sollte. Dieses Anliegen wird heute durch die Einführung der Quote bei der SPD verwirklicht.

Wie mühsam es mit der Gleichberechtigungspolitik nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ging, ist uns bekannt. 1953 waren noch nicht einmal die wichtigsten Gesetze in der Familien-, Jugend-, Sozial- und Frauenpolitik angepaßt. Dafür hat Helene Wessel Zeit ihres Lebens gekämpft. Aus katholischem Milieu stammend, war die Politikerin als 17jährige Sekretärin der Zentrums-Partei beigetreten und wurde 1928 Mitglied des Preußischen Landtags. 1933 aus politisch-parlamentarischer Arbeit verjagt, war sie während der NS-Zeit in der privaten und kirchlichen Wohlfahrtspflege tätig. Diese Arbeit schärfte ihr Bewußtsein für soziale Probleme und verstärkte ihr Engagement für sozialpolitische Themen als Bundestagsabgeordnete. Dieses Engagement führte sie schließlich zur SPD. 1952 verließ sie die Zentrums-Partei und unterstützte zunächst Gustav Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei. Als sozialdemokratische Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen kehrte sie 1957 in den Bundestag zurück und wurde noch zweimal wiedergewählt. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion blieb sie eine nicht immer bequeme Persönlichkeit, die nach ihrer Überzeugung und ihrem sozialen Gewissen handelte.

Helene Wessel wird uns Sozialdemokratinnen als Vorbild für soziales Engagement, aktive Frauenpolitik und politische Durchsetzungskraft in Erinnerung bleiben. (-/12.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Den Sinn für das Miteinander fördern

Zur Diskussion um das kommunale Wahlrecht in Berlin

Von Erich Pätzold
Berliner Innensenator

Wir Sozialdemokraten wollen unseren ausländischen Mitbürgern das kommende Wahlrecht in Berlin - genauer: das Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen - einräumen, nicht weil wir dies der AL in einer Koalitionsvereinbarung versprochen haben, sondern weil wir es aus eigener Überzeugung für politisch richtig halten.

Bürger aus anderen Ländern, die auf Dauer unter uns leben, sollen bei den örtlichen Entscheidungen, die sie genauso wie uns angehen, mitgestalten können.

Besonders unsere nordeuropäischen Nachbarn haben damit ermutigende Erfahrungen gemacht. Der Sinn für das Miteinander wird gefördert, Ängsten und dumpfer Fremdenfeindlichkeit entgegengewirkt. Das wollen wir Sozialdemokraten im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens aller und der Weltoffenheit unserer Stadt, ohne die Berlin in seiner besonderen Lage nicht bestehen kann.

Wie wichtig das alles ist, weiß ich gerade auch persönlich als Weddinger Sozialdemokrat, gibt es doch in meiner politischen Heimat viele ausländische Mitbürger und manche Probleme.

Die Überzeugung, daß eine beabsichtigte Maßnahme richtig und gewollt ist, darf uns aber ebenso wenig wie die Ungeduld eines Koalitionspartners zu unbedachtem Handel verleiten, mit dem wir unseren politischen Gegnern und ihrem Widerstand nur in die Hände arbeiten würden.

Für uns Sozialdemokraten versteht es sich von selbst, daß wir das kommunale Ausländerwahlrecht - wie alle unsere Ziele - nur in einem verfassungsrechtlich einwandfreien Verfahren durchsetzen können. Wenn ein Verfassungsgericht entgegen unserer Auffassung entscheiden sollte, daß das kommunale Wahlrecht für Ausländer mit dem Grundgesetz oder der Verfassung von Berlin nicht vereinbar ist, so müßten wir dieses Vorhaben zurückstellen, so sehr dies zu bedauern wäre.

Die Zustimmung der CDU, die für eine Verfassungsänderung erforderlich wäre, können wir bei ihrer reaktionären, unchristlichen Grundhaltung in absehbarer Zeit nicht erwarten. Möglicherweise wird die geplante Richtlinie der EG zu dieser Frage die bürgerlichen Parteien zu einer Überprüfung ihres Standpunktes bewegen.

Auch ein positiver Spruch des Bundesverfassungsgerichts würde für Berlin nicht unbedingt eine endgültige Klärung bedeuten, da es bei uns nicht nur um die Auslegung des Grundgesetzes, sondern auch um die Vereinbarkeit mit der Verfassung von Berlin geht. Der Senat wird daher während des Gesetzgebungsverfahrens ein zusätzliches Rechtsgutachten eines ausgewiesenen Staatsrechtlers einholen, um damit eine rechtlich einwandfreie Umsetzung des politischen Willens zu unterstreichen.

Die richtige Instanz zur verbindlichen Prüfung und Entscheidung dieser Fragen wäre das bisher fehlende Berliner Verfassungsgericht. Die Bildung dieses Organs gehört ebenfalls zum Programm der Regierungskoalition, doch ist dazu eine Verfassungsänderung notwendig. Sollte das Berliner Verfassungsgericht nicht oder nicht rechtzeitig gebildet werden können, so müßte das Wahlprüfungsgericht auf Antrag - und der kommt so sicher wie das Amen in der Kirche - im Wege einer einstweiligen Anordnung oder sogar erst nach den Wahlen über die Verfassungsmäßigkeit des kommunalen Ausländerwahlrechts entscheiden.

Die mögliche Konsequenz einer Wiederholungswahl könnte niemand verantworten. Deshalb müßte rechtzeitig die gesetzgeberische Möglichkeit einer Normenkontrolle durch das Wahlprüfungsgericht geschaffen werden.

Die Probleme sind also vielschichtig. Sie lassen sich nicht mit bloßem guten Willen oder gar mit Unrast wegschieben. Wenn wir aber das verfahrensmäßig Unausweichliche richtig und entschlossen tun, dann werden wir unser politisches Ziel sicheren Schrittes, mit der erforderlichen öffentlichen Akzeptanz und so schnell wie möglich verwirklichen.

Beim nächsten Urnengang sollen jedenfalls unsere ausländischen Mitbürgerinnen zu den Bezirksverordnetenversammlungen mitwählen können.

(-/12.10.1989/vo-he/rs)

* * *